

Schwieriger Wechsel von Schule in Beruf

Bremer Armutskonferenz: GSO-Schüler stellen Zahlen in Frage / Suche nach kreativen Lösungsansätzen

VON EDWIN PLATT

Neue Vahr. Einerseits erscheint es traurig, dass sich die Bremer Armutskonferenz mit der Jugend befassen muss und dabei so viele Inhalte bietet wie bei der Zusammenkunft im Saal des Bürgerzentrums Neue Vahr. Andererseits ermutigt es, weil über 200 Gäste als Vertreter von Institutionen und Vereinen wie zum Beispiel dem Deutschen Roten Kreuz oder dem Arbeiter-Samariter-Bund, Quartiersmanager und Ortsamtsleiter versammelt sind, denen das Thema wichtig ist.

Das Programm der Armutskonferenz bietet am Vormittag Fachvorträge von Experten wie Inge Danielzick von der evangelischen Kirche, Rolf Prigge, ehemals Institut Arbeit und Wirtschaft, Hans Jürgen Marcus als Vorstandsvorsitzender des Caritasverbandes und Silke Starke-Uekermann von der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholischer Jugendsozialarbeit. Bevor eine Schülergruppe der Gesamtschule Bremen-Ost (GSO) vor der Mittagspause zu Wort kommt, referieren Regine Geraedts von der Arbeitnehmerkammer und Elisabeth Mahlberg-Wilson vom DRK-Zentrum für Schule und Beruf über Übergangssysteme von schulischer Ausbildung hin zum Job.

Genau zu diesen Zahlen von Jugendlichen im Übergang von der Schule in den Job hatten GSO-Schülerinnen und -Schüler nach zweijähriger Recherche Bemerkenswertes zu berichten. Die Gruppe „Wir mischen uns ein“, die mit dem Lehrer Hans Wolfram Stein zusammengearbeitet, hat einen ganz einfachen Ansatz verfolgt: Wie kommt es zu den offiziellen Zahlen von wenigen Hundert unvermittelten Jugendlichen in Lehrstellen und Arbeit eines Bremer Jahrgangs, wenn nur drei der zwölf Schulabgänger ihrer Schulklasse eine Lehrstelle gefunden haben und das „normal“ sein soll? Wurden nahezu hundert Prozent der anderen Bremer Schulabgänger tatsächlich vermittelt?

Natürlich nicht. Bremen ist bundesweit Spitzenreiter bei „abgehängten“ Jugendlichen, sprich bei denen für die kein nahtloser Übergang zwischen Schule und Beruf gelingt. 7000 Jugendliche im Alter bis 27

Jahre haben keinen Ausbildungsplatz bekommen. Und bei Bremern bis 34 Jahre sind es sogar 16 000. Daraus folgt die Gruppe „Wir mischen uns ein“: Der Übergang baut sich über Jahre immer weiter auf.

Nach offiziellen Zahlen sind es nur wenige Hundert unvermittelte Jugendliche in Bremen. Dieser Eindruck entsteht, weil die Politik es so will, folgern die GSO-Jugendlichen aufgrund ihrer Recherchen. Zum Beispiel werden in der Erhebung nur Jugendliche erfasst, die über die Agentur für Arbeit eine Ausbildung suchen, aber keine Schulabgänger, die eigenständig auf die Suche gehen. Jugendliche, die über die Agentur für Arbeit einen Ausbildungsplatz suchen, erhalten zu 36 Prozent einen Platz in dem Bereich, in dem sie ausgebildet werden möchten, berichtet die Gruppe.

Fragwürdige Statistik

Bremen ist bundesweites Schlusslicht in den Leistungen durch die Agentur für Arbeit. Jeder Arbeitsvermittler der Agentur schätzt ein, ob ein Jugendlicher vermittelbar ist. Lautet seine Prognose nicht vermittelbar, wird der Jugendliche damit gleichzeitig aus der offiziellen Statistik aussortiert, wie die Schüler herausgefunden haben. Der Betroffene hat kein Widerspruchrecht.

In einem offenen Brief hat sich die Gruppe „Wir mischen uns ein“ an Bremer Politiker aller Parteien gewandt und mit Fakten die Unrichtigkeit offizieller Statistiken belegt, die sie bei der Armutskonferenz ebenfalls vorgelegt hat. Im August

2015 hat die Arbeitsagentur für Bremen 4615 Ausbildungsbewerber erfasst. Vermittelt wurden 1231 davon. Faktisch bleiben 73 Prozent Schulabgänger übrig, die in Bremen keine Lehrstelle erhalten – gegenüber 57 Prozent bundesweit. Die offiziellen Zahlen weisen 4861 Bewerber und 4643 Versorgte aus. Das würde also nur 218 unvermittelte Jugendliche bedeuten. Und von den 4643 versorgten Bewerbern befindet sich der Großteil in „Warteschleifen“, auch durch kurzfristige Maßnahmen der Agentur für Arbeit.

Seit 2007 seien 200 000 Bewerber bundesweit aus den betreffenden Statistiken verschwunden, haben die Schüler herausgefunden. Die Gruppe „Wir mischen uns ein“ fordert von Bremen ausgehend eine Initiative zur Änderung der Bundesstatistiken, nicht zuletzt aufgrund direkter Erfahrungen von Mitschülern. „Die helfen uns ja doch nicht“, ärgern sich betroffene Jugendliche über die Agentur für Arbeit. Ferner würden die ungemeldeten Mitschüler wiederum aus der Statistik fallen.

Des Weiteren forderten die GSO-Schüler eine Ausbildungsumlage für Arbeitgeber, die für andere Ausbildungsarten in dem Beruf verwendet werden müssten – zum Beispiel schulische. Denn 80 Prozent der Bremer Betriebe würden nicht ausbilden.

Auf ihr Schreiben hat lediglich Senatorin Stahmann in einem offenen Brief geantwortet. „Im Bereich Alten- und Krankenpflege

gebe es bereits eine Umlage für Betriebe, die nicht ausbilden“, schreibt die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen.

Die Suche nach kreativen Lösungen bestimmte die sechs, parallel laufenden Workshops der Armutskonferenz am Nachmittag. Berufsvorbereitung in Bremer Schulen, Ausbildung als Perspektive, T-Räume im Quartier, junge Flüchtlinge in Bremen, 18 plus und keine Träume mehr und Irrationalität des Fördersystems waren Überschriften dieser Workshops.

„T-Räume im Quartier“ – dazu inspirierten die Hemelinger Quartiersmanagerin Heike Schilling, der fürs Schweizer Viertel zuständige Quartiersmanager Aykut Tasan und Mudlu Ercan, Vaja-Mitarbeiter für Osterholz, ihre drei Arbeitsgruppen. Allein die Zahlen der Quartiere Schweizer Viertel und Hemelingen sprechen eine deutliche Sprache, was Jugendliche anbezieht: 18 Prozent der Bewohner sind unter 18 Jahren, 23 Prozent über 65 Jahre; 24,5 Prozent sind SGB II abhängig (bremisch 14 Prozent) und 51 Prozent der Kinder gelten als armutsbetroffen. Trotz vieler Arbeitskreise, unterstützender Handlungsprinzipien und sozialer Netzwerke können nicht alle Jugendlichen erreicht werden, hieß es.

Mudlu Ercan erzählt von aufwendigen Bemühungen, eine Gruppe von 18- bis 23-Jährigen anzusprechen, um ihnen nach abgebrochener Berufsausbildung oder ganz ohne wieder eine Alltagsstruktur zu geben, in der Arbeiten möglich ist. Er berichtet unter anderem von den Schwierigkeiten der Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln, wenn ein Praktikum morgens um fünf beginnen soll und das aufgrund dessen bald wieder abgebrochen wird. Seine Beispiele hinterlassen nachhaltigen Eindruck. Die Workshops kamen zu folgenden Ergebnissen: Die Wirtschaft zur Kooperation mit Schule und zur Ausbildung verbindlich verpflichten, Lebenskunde als Pflichtunterricht und die Erfüllung des Versprechens der Ausbildungsgarantie unter Korrektur der Statistiken.



Regine Geraedts von der Arbeitnehmerkammer.



Ein aufmerksames Auditorium verfolgt die Fachvorträge während der Bremer Armutskonferenz im Bürgerzentrum Neue Vahr. FOTOS: STUBBE